Niederschrift

über die Sitzung der

Gemeindevertretung

am Donnerstag, 23. Feber 2012 im Sitzungssaal des
Gemeindeamtes Mariapfarr

Beginn: 19.00 Uhr

Ende: 22.00 Uhr

Die Einladung erfolgte am 07.02.2012
durch Einzelladung

Anwesend waren:

1. Bgm. Franz DOPPLER
2. Vizebgm. DI Andreas KAISER
3. GR Hans-Peter Kosakiewic
4. GR Daum Bernhard
5. GR Eduard Mayer
6. GR Ing. Bernhard MIEDL
7. GV Mag. W.-D. PROSINGER
8. GV Manfred PRODINGER
9.
10. GV Hans KREN
11. GV Gerhard PAUSCH
12. GV Rupert GRUBER
13. GV Karl PRITZ
14. GV Dr. Heidi RAUTER
15. GV Balthasar Kösslbacher
16. GV Alois MAIER
17. GV Johann KÖSSELBACHER
18. AL Peter BAUER (Schriftführer)

Vorsitzender: Bgm. Franz Doppler

Die Sitzung war öffentlich

Die Sitzung war beschlussfähig

entschuldigt abwesend:

GV Andreas Jessner

unentschuldigt abwesend:

Anwesend waren außerdem:

Kollmann Erika, Cilli Lüftenegger, Scala Carmen
Gundi Danninger, Peter Kern, Klingler Elisabeth
Werner Schwaighofer, Völkel-Plato Barbara,
Kurt König, Jäger Klaus, Riskovits Desider, Poten Andrea
Engel Ingrid, Winfried Kaune, Ingrid Belting,
Dr. Herwig Muss, Otto Neumann

Tagesordnung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
2. Fragestunde
3. Verlesung und Genehmigung der Tagesordnung
4. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung
5. Amtsbericht des Bürgermeisters
6. Beschlussfassung – Stellenplanerweiterung (Einführung einer Krabbelgruppe)
7. Gewerbegebiet Bruckdorf – Abschluss eines Treuhandvertrages
8. Beschlussfassung einer Verordnung – Leinen- und Maulkorbpflicht für Hunde im Gemeindegebiet Mariapfarr
9. Otto Neumann – Berufung gegen Baubescheid (Schopfwalmausbildung)
10. Allfälliges

Verlauf der Sitzung

1. Begrüßung und Feststellung der Beschlussfähigkeit:

Bgm. Franz Doppler begrüßt alle anwesenden Mitglieder der Gemeindevertretung sowie die Zuhörer. Er stellt fest: Die Einladung zur Sitzung ist fristgerecht und ordnungsgemäß ergangen, die Beschlussfähigkeit ist gegeben.

2. Fragestunde

Der Bürgermeister befragt die Zuhörer, ob es Anfragen an den Bürgermeister, oder jene Mitglieder der Gemeindevorstellung, die mit der Besorgung von Angelegenheiten gemäß § 39 Abs. 1 GdO 1994 beauftragt wurden, gibt.

Herr Winfried Kaune erklärt, dass er zu Punkt 8. Leinen- oder Maulkorbpflicht für Hunde eine Anfrage hat.

Der Bürgermeister erläutert, dass unter Punkt 2. Fragestunde Anfragen gestellt werden können, jedoch nicht mehr unter Punkt 8. Der Bürgermeister schlägt auch vor, den Punkt 8. vorzuziehen und nach Punkt 2 zu behandeln. Der Vorschlag wird einstimmig angenommen. Erika Kollmann fragt, was die Gemeinde nunmehr veranlasst eine allgemeine Verordnung zu erlassen.

Der Bürgermeister berichtet, dass in letzter Zeit vermehrt Beschwerden betreffend Hundehaltung eingelangt sind. Der Bürgermeister schlägt vor, dass die Verordnung vorerst verlesen wird und gleich einige Fragen lösen wird.

Herr Winfried Kaune erläutert, dass er Angst vor Kühen hat und nach einem Vorfall nichts passiert ist.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass die Gemeinde nicht betreffend Haltung von Kühen zu entscheiden hat und die Gemeinde über die Haltung von Hunden zu entscheiden hat.

Der Bürgermeister sagt, dass in unserer Gemeinde bisher noch nichts Schlimmeres passiert ist und sollte zur Vorbeugung nachstehende Verordnung beschlossen werden:

Kundmachung

Auf Grund den Bestimmungen des § 79 der Salzburger Gemeindeordnung 1994, LGBl. 107/1994 i.d.g.F. hat die Gemeindevertretung in ihrer Sitzung am 23.02.2012 für die Ortsgemeinde Mariapfarr folgende

Hundehaltungsverordnung

beschlossen.

Gemäß § 17 Salzburger Landessicherheitsgesetz – S-LSG, LGBl. Nr. 57/2009 i.d.g.F. wird verordnet:

§1

1. Hunde müssen außerhalb von Gebäuden und von ausreichend eingefriedeten Grundflächen im gesamten Gemeindegebiet der Gemeinde Mariapfarr auch für jedermann allgemein zugänglichen Orten an einer Leine geführt werden oder einen Maulkorb tragen, damit jederzeit eine Beherrschung des Tieres gewährleistet ist und Gefahren für Menschen und Sachen (z. B. Wild, Hunde, usw.) abgewendet werden können.
2. Für die Einhaltung dieser Bestimmung haben sowohl der Halter als auch der Führer des Hundes Sorge zu tragen.

§2

1. Eigentümer von Hunden oder Personen, denen die Verwahrung oder Beaufsichtigung von Hunden obliegt, haben außerhalb ihrer eigenen Gebäude und ihren eigenen, ausreichend eingefriedeten Grundflächen den Kot ihrer Hunde unverzüglich zu beseitigen. Diese Verpflichtung gilt nicht für bewaldete Flächen.
2. Für die Einhaltung dieser Bestimmung haben sowohl der Halter als auch der Führer des Hundes Sorge zu tragen.

§3

Die Leinen- oder Maulkorbpflicht gilt nicht,

1. wenn das Mitführen eines Hundes eine solche Beschränkung ausschließt (z.B. bei Hunden im Einsatz mit Sicherheitsorganen, Lawinensuchhunden, Jagdhunden, Assistenzhunden)
2. wenn ein Nachweis mitgeführt wird, dass der Hund sich in einer Ausbildung zu einem so eingesetzten Hund befindet
3. wenn der Nachweis mitgeführt wird, dass der Hundehalter die Ausbildung zum „Hundeführerschein“ erfolgreich absolviert hat.

§4

Wer gegen diese Verordnung verstößt begeht eine Verwaltungsübertretung, welche gemäß § 26 Abs. 1 Z. 4 und Abs. 2 S-LSG mit Geldstrafe bis € 5.000 und für den Fall der Uneinbringlichkeit mit Ersatzfreiheitsstrafe bis zu einer Woche zu ahnden ist.

§5

Diese Verordnung tritt gemäß § 79 Abs. 1 Salzburger Gemeindeordnung 1994, LGbl. Nr. 107/1994 idgF mit dem Tag nach Ablauf der zweiwöchigen Kundmachungsfrist in Kraft.

Der Bürgermeister erläutert, dass Herr Peter Rottensteiner die Ausbildung zum Hundeführerschein anbietet.

Erika Kollmann fragt, wie man mit den Gästen umgeht, die einen Hund mitführen.
Der Bürgermeister sagt hierzu, dass die gleiche Verordnung gilt.

Herr Dr. Herwig Muss erläutert, dass er heute mit einem Gast diesbezüglich gesprochen hat und bei einer derartigen Verordnung nicht mehr nach Mariapfarr kommen würde.

Erika Kollmann vertritt die Meinung, dass die Hundehalter kriminalisiert werden. Ihr Hund kostet EUR 2.500,00 und sollte nunmehr eine Ausbildung gemacht werden, welche gar nichts bringt.

Frau Barbara Völkl berichtet, dass sie nunmehr 5 Jahre in Mariapfarr ist und nach 1,5 Jahren vom Gemeindeamt eine Vorladung erhalten habe, dass mehrere Leute Angst vor ihren Hund haben. Sie hat die Sache in der Ortschaft hinterfragt und hat ihr persönlich keiner die Angst bestätigt. Es sollten im Kindergarten und in den Schulen eine Prävention durchgeführt werden.

AL Peter Bauer berichtet, dass im Ortsteil Althofen und Umgebung es Beschwerden gibt und sich Kinder vom Schulweg beim Haus Völkl nicht mehr vorbeigehen wollen bzw. trauen.

Herr Winfried Kaune berichtet, dass es eine europäische Tierschutzrichtlinie gibt und Hunde mindestens 1 mal ausreichend Gelegenheit für einen Auslauf gegeben werden muss und zwei mal Sozialkontakt mit Menschen gewährt werden muss. Es ist von keinem Maulkorbzwang die Rede und verhält sich kein Hund mit Maulkorb normal. Desweiteren hat ein Hund auch noch Krallen.

GV Rupert Gruber berichtet, dass er ausgebildeter Hundeführer ist und es eine harte Arbeit ist einen älteren Hund einen Maulkorb umzugeben. Die vorliegende Verordnung ist umsetzbar und können die Hunde auch laufen.

Werner Schwaighofer sagt hierzu, dass es zu städtischen Zuständen kommt und 2 Gruppen entstehen (Hundebesitzer und Nichthundebesitzer).

Vizebgm. DI Andreas Kaiser sagt hierzu, dass ein Teil der Bevölkerung ein erhöhtes Sicherheitsbedürfnis gegenüber Hunden hat. Die Gemeinde versucht nunmehr eine Lösung zu finden und liegt die Verordnung als Vorschlag vor. Die Diskussion ist sicher sehr wertvoll, jedoch sollten sich die Hundebesitzer auch in die andere Position versetzen. Die Gemeinde könnte den Vorwurf bekommen, dass auf Grund von Beschwerden nichts unternommen wurde.

Scala Carmen sagt hierzu, dass mehr Verbote nicht mehr Sicherheit bringt. Sie hätte auch Verständnis, dass gewisse Wege und Strecken leinenpflichtig werden. Andererseits sollte auch das Angebot einer Freilaufzone geschaffen werden.

GV Dr. Heidi Rauter erläutert, dass es zwei Problempunkte gibt, zum einen das Problem mit der Verschmutzung von öffentlichen und landwirtschaftlichen Flächen durch Hundekot und zum anderen das Sicherheitsbedürfnis der Bevölkerung und somit der Schutz vor gefährlichen Hunden.

Das Verschmutzungsproblem lässt sich zum einen durch das Aufstellen von noch mehr Hundekotboxen, vor allem aber auch durch die Disziplin der Hundebesitzer lösen, die diese dann auch benutzen.

Das Gefährdungsproblem lässt sich nach Meinung von Frau Dr. Rauter in keinster Weise durch die zu beschließende Verordnung lösen, vor allem nicht die Fälle, die hauptsächlich Gegenstand der jüngsten Beschwerden sind. Die Hundebesitzer, die sich korrekt verhalten werden durch den Beschluss der vorliegenden Verordnung unnötig gegängelt und kriminalisiert und diejenigen, die man mit Inkraftsetzung dieser Verordnung treffen will, wird man nicht dazu bringen ihre Hunde ordentlich zu verwahren und zu halten.

Es muss bei Vorliegen einer schriftlichen Anzeige gezielt gegen Einzelfälle vorgegangen werden. Das Gesetz (Salzburger Landessicherheitsgesetz) sieht bereits jetzt Möglichkeiten vor auf ernstzunehmende Verstöße zu reagieren.

GR Hans-Peter Kosakiewicz erläutert, dass Personen am Gemeindeamt waren und Beschwerden eingebracht haben. Die Gemeindevertretung hat sich mit dieser Problematik zu befassen und versucht Lösungen zu finden. Er stellt klar fest, dass die Gemeindevertretung Personen in keinster Weise kriminalisiert. Man sollte die Sache nochmals überdenken und wird man Lösungen finden.

Dr. Herwig Muss berichtet, dass die Gemeinde vor 2 Jahren für seine zwei Hunde eine Leinen- und Maulkorbpflicht auf Grund Beschwerden von Nachbarn verordnet hat und dies unverständlich war.

Engel Ingrid sagt hierzu, dass die beiden Hunde ständig unbeaufsichtigt waren und in der Siedlung freilaufend unterwegs waren und für die Menschen eine Gefahr darstellten.

Andrea Poten regt an im Gemeindegebiet mehrere Hundekotbehälter aufzustellen.

Jäger Klaus hat Verständnis, wenn in der Nähe von Kinderspielplätzen, Schulen und Kindergärten Leinenpflicht festgelegt wird und ergibt dies durchaus einen Sinn.

Der Bürgermeister schlägt nach ausgiebiger Diskussion vor, dass über TOP 8. heute nicht abgestimmt wird und vertagt wird. Es wird in nächster Zeit fachliche Meinung eingeholt und zu einem späteren Zeitpunkt entschieden.

Der Bürgermeister berichtet, dass Otto Neumann zum TOP 9. eine Anfrage hat.

Otto Neumann fragt, warum er bei seinem Wohnobjekt einen Schopf herstellen muss.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass im Erstplan der Schopf eingezeichnet war und eine Bewilligung mit Schopfwalmausbildung erteilt wurde. Im Änderungsplan wurden teilweise nachträgliche Änderungen bewilligt, jedoch war die Ausbildung des Schopfwalmes aus Sachverständigensicht zwingend notwendig.

Otto Neumann berichtet, dass in Mariapfarr viele Objekte ohne Schopfwalm ausgebildet sind. Vizebgm. DI Andreas Kaiser berichtet, dass am 15.09.2010 eine Besprechung gegeben hat und Otto Neumann schriftlich zugesichert hat, dass der Schopfwalm ausgeführt wird.

Otto Neumann ergänzt abschließend, dass er sein Objekt verkaufen wird und nicht mehr zur Gemeinde Mariapfarr steht wenn die Gemeindevertretung die Schopfwalmausbildung beschließt.

GV Gerhard Pausch erläutert, dass dies eine Drohung darstellt und nicht zielführend ist.

Vizebgm. DI Andreas Kaiser erläutert, dass ein Plan bewilligt wurde und ganz anders gebaut wurde. Dies stellt keinen Vertrauensgrundsatz dar.

Bürgermeister Franz Doppler stellt fest, dass die Fragestunde nunmehr beendet ist.

Sämtliche Zuhörer verlassen um 20.00 Uhr den Sitzungsraum.

3. Verlesung und Genehmigung der Tagesordnung:

Vom Bürgermeister wird die Tagesordnung verlesen und von der Gemeindevertretung ohne Einwand zur Kenntnis genommen und wie folgt erweitert:

10. Neubau Seniorenwohnheim – Zusammenarbeit mit Gemeinden

11. Allfälliges

4. Genehmigung des Protokolls der letzten Sitzung:

Auf die Protokollverlesung der Sitzung vom 19.12.2011 wird verzichtet, da das Protokoll den Fraktionen zugekommen ist und nur auf bestimmte Angelegenheiten eingegangen werden soll.

Das Protokoll wird ohne Einwände zur Kenntnis genommen und von den Gemeindevorstellungsmitgliedern unterfertigt.

5. Amtsbericht des Bürgermeisters:

Der Bürgermeister stellt seinen Amtsbericht zur Diskussion:

Datum	mit wem	Thema	Beschreibung
22.12.2011	Bewohner Marienheim, Schüler der VS & HS	Weihnachtsfeier	Weihnachtsfeier im Marienheim
23.12.2011	Kindergartenteam, Kinder Eltern	Weihnachtsfeier	Weihnachtsfeier des Kindergartens im Arkadenhof
24.12.2011	Bewohner Marienheim, Laurentiuschor, Hr. Pfarrer	Weihnachtsfeier	Weihnachtsfeier im Marienheim
24.12.2011	Bevölkerung	Einstimmung in den Hl. Abend	Einstimmung in den Hl. Abend im Arkadenhof
28.12.2011	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
29.12.2011	Bevölkerung	Winterzauber	Winterzauber in Fanning
05.01.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
09.01.2012	Carmen Schager-Wahlhütter	Marienheim - diverse Themen	Routinebesprechung
11.01.2012	Vertreter Fanningbergbahnen, Bgm Bogensperger, Hr. Passruggen Norbert Abt4/21	Liftstraße	Besprechung wegen geplanter Sanierung der Liftstraße auf den Fanningberg
11.01.2012	Dir Griesner, Schulwart Macheiner, H.P Kosakiewicz, Hr. Ennne - Fa. Turkna	HS Sanierung	Besprechung wegen Sanierung (Mängelbehebung) HS - Turnhallenboden
11.01.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
16.01.2012	Fellacher Magdalena, AL Bauer, Betriebsrat Kren Hans	Gesundheitsvorsorge - Gemeindebedienstete	Besprechung über die Möglichkeit der betrieblichen Gesundheitsvorsorge für die Gemeindebediensteten - Samsunnsport
16.01.2012	AL Bauer, KG Leiterin Schneider Manuela, Astrid Puntigam	Kinderbetreuung	Besprechung wegen Krabbelgruppe
16.01.2012	AL Bauer, Rauter Matthias TVB, Fellacher Franz, Proisinger Wolf-Dieter	Mariapfarr 2020, Projektgruppe "Gesundheitstourismus"	Besprechung über Strategien
17.01.2012	Hr. Ehgartner - SISTEG, Hr. Huber - Landinvest	Gewerbegründ Bruckdorf	Besprechung über weitere Vorgangsweise - Optionsvertrag
18.01.2012	Gemeindevorstellung	Sitzung	Sitzung der Gemeindevorstellung
20.01.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
21.01.2012	Gemeindebedienstete	Schitag	Schitag der Gemeindebediensteten
23.01.2012	AL Bauer, Rauter Matthias TVB, Fellacher Franz, Fanning Stefan - Biosphärenregionmanager	Mariapfarr 2020, Projektgruppe "Gesundheitstourismus"	Besprechung über Strategien
23.01.2012	HL Carmen Schager-Wahlhütter	Marienheim - diverse Themen	Routinebesprechung
23.01.2012	Kindergartenteam	Krabbelgruppe - und diverse Themen	Besprechung
25.01.2012	Beirat der Badeinsel, Beirat des Samsunn, GF Schmalz Julius, GF Aschbacher Sandra	Kooperationen Badeinsel und Samsunn	Besprechung über bestehende und künftige Kooperationen zwischen Badeinsel und Samsunn und Absprache der Öffnungs- bzw. Schließungszeiten
26.01.2012	Bauwerber	Bauverhandlungen	Bauverhandlungen im Gemeindegebiet
26.01.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
27.01.2012	Pensionistenverband	Eisstockschießen	Eisstockschießen des Pensionistenverbandes
27.01.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
30.01.2012	Vertreter der Vereine	Termine	Terminkoordinationsitzung

31.01.2012	DI Kögl, SbgWohnbau, Arch. Aigner, DI Dum, Sonderfachplaner, HL Carmen Schager-Wahlhütter	Neubau Marienheim	Planerbesprechung mit allen Sonderfachplanern
01.02.2012	Dorfer Maria	Geburtstagsgratulation	Gratulation zum 80. Geburtstag
01.02.2012	Kößbacher Frieda	Geburtstagsgratulation	Gratulation zum 80. Geburtstag
01.02.2012	Schneider Maria	Geburtstagsgratulation	Gratulation zum 80. Geburtstag
01.02.2012	Arch. Gernat, Vzbgm. Kaiser, GR Miedl, AL Bauer	Honorarabrechnung HS Sanierung	Besprechung über Honorarabrechnung HS Sanierung
05.02.2012	Bevölkerung	Wernfried Gappmayer Gedächtnispreis	Instrumentalwettbewerb: Wernfried Gappmayer Gedächtnispreis
06.02.2012	Gemeindevorsteherung	Sitzung	Sitzung der Gemeindevorsteherung
08.02.2012	DI Poppinger	Widmungen	Besprechung bezüglich Widmungswünschen
08.02.2012	Vorstand Museumsverein	Sitzung	Sitzung des Vorstandes des Museumsvereins
09.02.2012	Fr. Dr. Draxl, Mag. Hundsberger - Abt.11, Vzbgm Kaiser, AL Bauer	Neubau Marienheim	Besprechung wegen Betriebsführung & Förderungen
09.02.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
13.02.2012	Dir. Macheiner, FL Zitz, Fr. Kaiser, AL Bauer, Doppler Albert, Kren Hans, Bacher Peter, Jäger Josef, Gfrerer Gerhard	Schneeräumung um VS Schulhof & Reaktionen	Diskussion
16.02.2012	Mario Schitter - Fa. RECON, Fr. Arch. DI Peyker	Umbau Thomalwirt	Besprechung - Pläne
16.02.2012	Gäste & Vermieter	Gästeehrung	Gästeehrung
19.02.2012	Bevölkerung	Faschingsumzug	Faschingsumzug in Bruckdorf
22.02.2012	Bauwerber	Bauverhandlungen	Bauverhandlungen im Gemeindegebiet
23.02.2012	Gemeindevertretung	Sitzung	Sitzung der Gemeindevertretung

Der Bürgermeister stellt seinen Amtsbericht zur Diskussion.

Vizebgm. DI Andreas Kaiser fragt betreffend Liftstraße Fanningberg.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass eine Sanierung ansteht und in Zusammenarbeit mit der Abteilung 4 (Herr Passrucker) ein Konzept erstellt wird. In weiterer Folge ist eine Finanzierung mit allen Interessenten zu erstellen. Konkrete Wünsche gegenüber der Gemeinde Mariapfarr liegen nicht vor. Einen kleinen Teil betrifft das Gemeindegebiet Mariapfarr.

Vizebgm. DI Andreas Kaiser fragt betreffend Widmung Bogensperger Michael.

Der Bürgermeister berichtet, dass der Widmungswunsch von Bogensperger Michael vom Land Salzburg (Dr. Ginzinger) abgelehnt wird und nicht mit dem ROG 2009 vereinbar ist.

Vizebgm. DI Andreas Kaiser fragt betreffend Thomalwirt.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass im Gemeindeamt Pläne präsentiert wurden und 15 Wohnungen und eine Gastronomie entstehen werden. Die Wohnungen sind für eine touristische Weitervermietung gedacht. Es gibt Ausbaupläne und sind die erforderlichen KFZ-Abstellflächen auf Eigengrund nachzuweisen.

GR Hans-Peter Kosakiewicz regt an im Zuge der Bauverhandlung hinzuweisen, dass in der Pfarrstraße Veranstaltungen stattfinden.

GV Manfred Prodinger fragt betreffend der Schneeabfuhr in der Volksschule.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass die Diskussion „heiß“ war und das Thema positiv abzuschließen ist. Er möchte heute nicht näher darauf eingehen.

6. Beschlussfassung Stellenplanerweiterung (Einführung einer Krabbelgruppe)

Der Bürgermeister berichtet, dass im Kindergartenjahr 2012/13 eine Krabbelgruppe eingeführt wird. Für die Führung sind 1,55 Planstellen notwendig und ist der Stellenplan dahingehend zu erweitern. Die Krabbelgruppe bzw. Stellenplanerweiterung ist vorerst auf 1 Jahr befristet. Es gibt derzeit 8 bis 9 Fixanmeldungen und 2 bis 3 weitere konkrete Interessenten. Die Dienstverträge werden auf 1 Jahr befristet abgeschlossen. 6 Kinder werden als Mindestbedarf festgelegt.

Nach Diskussion ergeht nachstehender Beschluss:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt die Einführung einer Krabbelgruppe und damit verbundene Stellenplanerweiterung von 1,55 Planstellen befristet für das Kindergartenjahr 2012/13 einstimmig.

7. Gewerbegebiet Bruckdorf – Abschluss eines Treuhandvertrages

Der Bürgermeister berichtet, dass der Treuhandvertrag den Fraktionen im Vorfeld zur Beratung übermittelt wurde. Auf einen Detailvertrag wird verzichtet.

Mit Abschluss eines Treuhandvertrages kann die Gemeinde die Entwicklung im Gewerbegebiet mitgestalten und hat die Sicherheit auf jederzeit verfügbares Bauland.

Der Kaufpreis für das Grundstück PZ 2172/1 im Ausmaß von 16.050 m² beträgt pauschal Euro 267.500,00 (=€ 16,67/m²). Im Kaufpreis sind die Nebenkosten nicht enthalten. Desweiteren bekommt die Land Invest noch einen Verwaltungskostenbeitrag in der Höhe von 2 % des Verkaufspreises. Die Vertragsdauer beträgt 5 Jahre, kann jedoch verlängert werden. Ein allfälliger Überschuss der Erlöse über die Kosten steht der Gemeinde zu.

Im schlechtesten Fall muss die Gemeinde nach 5 bzw. 7 Jahren das Grundstück rückkaufen. Die offenen Anschließungskosten der SISTEG von ca. EUR 130.000,00 werden der Gemeinde nicht angerechnet.

Allgemein wird festgehalten, dass die Sicherung des Gewerbegebietes zweckmäßig ist und der Vertrag abgeschlossen werden soll.

Der Bürgermeister schlägt vor, dass in den nächsten Jahren Rücklagen gebildet werden und im schlimmsten Fall finanzielle Mittel zur Verfügung stehen.

Nachdem sonst keine Anfragen sind, ergeht nachstehender Beschluss:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, dass der vorliegende Treuhandvertrag mit der Land Invest abgeschlossen wird.

8. Beschlussfassung einer Verordnung – Leinen- und Maulkorbpflicht für Hunde im Gemeindegebiet Mariapfarr

Vertagung gem. Punkt 2. Fragestunde

9. Otto Neumann – Berufung gegen Baubescheid (Schopfwalmausbildung)

Bürgermeister Franz Doppler übergibt den Vorsitz an Vizebgm. DI Andreas Kaiser, da er den Baubescheid in I. Instanz erlassen hat und für die weitere Entscheidung befangen ist.

Vizebgm. DI Andreas Kaiser berichtet, dass Herr Otto Neumann mit Bescheid des Bürgermeisters vom 26.04.2010 die Errichtung eines Wohnhauses auf PZ 2047/1, KG Mariapfarr, Teilfläche, baupolizeilich genehmigt wurde. Im Einreichplan war ein Schopfwalm dargestellt.

Im Zuge der Errichtung hat Neumann Otto jedoch keine Schopfwalmausbildung hergestellt und ein Satteldach mit 33 Grad Dachneigung errichtet.

Auf Grund der Situation hat die Gemeinde Mariapfarr mit Schreiben vom 10.08.2010 den Bauherrn aufgefordert die Dachkonstruktion mit Schopfwalmausbildung im Sinne der erteilten Baubewilligung bis 01.09.2010 herzustellen. Gleichzeitig wurde auch ein Verwaltungsstrafverfahren eingeleitet.

In weiterer Folge gab es am 15.09.2010 im Gemeindeamt eine Besprechung und wurde mit Unterschrift von Otto Neumann bestätigt, dass er bis spätestens 30.06.2011 den Schopfwalm herstellt.

Am 29.08.2011 hat Otto Neumann einen Änderungs- bzw. Bestandsplan eingereicht und um nachträgliche Baubewilligung angesucht.

Mit Bescheid des Bürgermeisters vom 14.11.2011 wurde die Errichtung eines Carports, Abstellraum, Lager und ein überdachter Freisitz nachträglich baupolizeilich bewilligt. Der Antrag auf Verzicht des Schopfwalmes und Ausbildung in Form eines Satteldaches wurde abgelehnt und die Auflage erteilt, dass der Schopfwalm bis spätestens 15.01.2012 hergestellt wird.

Die Bausachverständige DI Helga Santner hat dies wie folgt begründet: „Der Schopfwalm ist aus Sachverständigensicht auch im Hinblick auf die Folgebeispiele und auf Grund des nicht untergeordneten Baukörpers erforderlich und einzufordern“

Gegen die Auflage der Schopfwalmausbildung hat Otto Neumann am 01.12.2011 eine Berufung eingebracht. Im Zuge der Einbringung der Berufung wurde eine Fristversäumnis geprüft und wurde in Absprache mit Mag. Hundsberger vom Land festgelegt, dass die Berufung fristgerecht eingebracht wurde, da seine Mutter in einem eigenen Haushalt wohnt und der Baubescheid erst am 18.11.2011 an Herrn Neumann überbracht wurde.

Vom Vizebürgermeister wird die Berufung von Otto Neumann verlesen:

„Mein Haus befindet sich in einer Streusiedlung und die Bauart wirkt sich nicht störend und nachteilig auf das dörfliche Erscheinungsbild aus. Da es sich weiteres um ein Niedrigenergiehaus handelt, ist es nicht notwendig einen Schopfwalm auszubilden. Die Ausbildung eines Schopfwalmes ist außerdem mit sehr hohen Kosten verbunden. Weiteres möchte ich darauf hinweisen, dass es in der Gemeinde Mariapfarr viele andere Häuser gibt, die ohne Schopfwalm ausgebildet sind (Lichtbilder können jederzeit vorgelegt werden).“

Vizebgm. DI Andreas Kaiser stellt den Bericht zur Diskussion:

GR Ing. Bernhard Miedl erläutert, dass im Lungau die Regelung gilt, dass bei einer Traufenbreite von 6,50 bis 7,00 m auf einen Schopfwalm verzichtet werden kann. Bei Otto Neumann ist dies nicht der Fall und hätte man den Wunsch im Vorfeld besprechen müssen, ansonsten eine Bauverhandlung zwecklos wird.

GV Alois Maier sagt hierzu, dass Folgeerscheinungen zu erwarten sind und der Schopfwalm herzustellen ist. Er musste beim Wirtschaftsgebäude einen Schopfwalm errichten.

Nach Beratung und Diskussion wird allgemein die Meinung vertreten, dass die Vorgangsweise nicht in Ordnung ist und wird wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, dass der Bescheid des Bürgermeisters vom 14.11.2011 bestätigt wird und der Schopfwalm (Auflagepunkt 1.) herzustellen ist. Die Berufung wird als unbegründet zurückgewiesen.

10. Neubau Seniorenwohnheim – Zusammenarbeit mit Gemeinden

Der Bürgermeister berichtet, dass beabsichtigt ist gemeinsam mit den Gemeinden Weißpriach, Göriach, St. Andrä und St. Margarethen ein Seniorenwohnheim zu bauen und zu betreiben.

Den Gemeinden wurden mehrere Möglichkeiten in der Betriebsführung vorgeschlagen:

- a) Gemeindeverband
- b) privatrechtliche Vereinbarung
- c) bisherige Variante in Form eines einmaligen Baukostenzuschusses zu Beginn / keine künftige Beteiligung an der Betriebsführung

Vom Bürgermeister werden die Satzungen eines Gemeindeverbandes bzw. im Vergleich die privatrechtliche Vereinbarung im Detail erläutert.

Vom Bürgermeister werden auch die jeweiligen Antworten der Gemeinden für die künftige Zusammenarbeit verlesen und zur Kenntnis gebracht.

In Folge wurde am 09.02.2012 mit Frau Dr. Draxl und Mag. Heinz Hundsberger im Beisein vom Bürgermeister, Vizebürgermeister und Amtsleiter der Gemeinde Mariapfarr die Situation in Salzburg besprochen.

Nach Beratung und Diskussion wurde nachstehende Vorgangsweise festgelegt:

Die Gemeinden St. Andrä, Weißpriach, Göriach und St. Margarethen haben die Möglichkeit in Form eines Gemeindeverbandes oder privatrechtlichen Vereinbarung beim Neubau mitzuwirken. In der Folge gibt es dann einen Anspruch auf ein Einweisungsrecht gem. Bettenschlüssel aber auch eine Verpflichtung zur anteilmäßigen Beitragsleistung für einen eventuellen Betriebsabgang (nach Bettenbelegtagen).

Die bisherige Form (aus dem Jahre 1975/76) mit einem einmaligen Baukostenzuschuss (für Einrichtung und Grundkauf) ist nicht akzeptabel und nachvollziehbar. Der Hauptanteil (sprich Errichtungskosten) wird in Form der Miete (ca. EUR 9500,00 im Monat auf 42 Jahre) finanziert und fällt in den laufenden Betrieb.

Diese Form wird den Gemeinden nicht angeboten bzw. gibt es kein Einweisungsrecht. Sollte in Zukunft eine Person aus einer anderen Gemeinde ins Seniorenwohnheim aufgenommen werden, ist eine Vereinbarung betreffend etwaiger Abgangsdeckung mit der betroffenen Wohnsitzgemeinde abzuschließen.

Dr. Draxl teilte noch mit, dass die GAF-Mittel reserviert sind. 50 % werden während des Baues ausbezahlt und 50 % nach Baufertigstellung. Auch sind 10 % Eigenmittel erforderlich.

Der Bürgermeister berichtet, dass mit der Vorgangsweise natürlich ein Leerstandsrisiko besteht und in der Anfangsphase die Gemeinde dies aushalten muss.

Grundsätzlich ist das Einweisungsrecht der jeweiligen Gemeinden ein großer Vorteil und ist in der jeweiligen Gemeinde die Altenversorgung gesichert. Im Gegenzug werden bei Nichtverbandsgemeinden die Ertragsanteile nicht gegenverrechnet und stellt dies für die Verbandsgemeinden auf Dauer einen Vorteil dar.

Nach weiterer Beratung wird wie folgt beschlossen:

Beschluss:

Die Gemeindevertretung beschließt einstimmig, dass den Gemeinden St. Andrä, Göriach, Weißpriach und St. Margarethen die künftige Zusammenarbeit in Form eines Gemeindeverbandes oder in Form einer privatrechtlichen Vereinbarung gem. der Besprechung beim Land Salzburg vom 09.02.2012 angeboten wird.

11. Allfälliges

a) Ortsgemeinde Mariapfarr KG

GR Hans-Peter Kosakiewicz fragt, ob die Steuerreform bzw. des Sparpaket für die Ortsgemeinde Mariapfarr KG eine Änderung herbeiführt.

Der Bürgermeister berichtet, dass für die Gemeinde Mariapfarr dies keine Auswirkung hat und vor dem 01. April 2012 ein Mietvertrag abzuschließen ist. Im Anschluss sind die Steuervorteile nicht mehr gegeben.

b) Kampfhunde

GR Eduard Mayer fragt, ob es eine Liste für Kampfhunde gibt.

GV Dr. Heidi Rauter berichtet, dass es im Bundesland Salzburg keine derartige Liste gibt. In Oberösterreich und in Wien gibt es eine derartige Liste.

c) Kirche Mariapfarr

GV Mag. Wolf-Dieter Proisinger berichtet, dass er die Leuchtschrift „Stille Nacht / Heilige Nacht“ im Ortszentrum sehr gut findet.

Andererseits sollte zum Thema „Stille Nacht Gemeinde“ mehr Aktivitäten in Angriff genommen werden. Es ist nicht nur ein Thema der Pfarre, sondern auch der Gemeinde.

Im Jahr 2016 wird das 200 Jahr Jubiläum der Textdichtung gefeiert und sollte der Kulturausschuss der Gemeinde sich mit dem Thema befassen. Insbesondere gibt es Förderungen beim Land Salzburg. Oberndorf hat zum Beispiel infrastrukturelle Maßnahmen in der Höhe von 4 bis 4,50 Mio. Euro eingereicht. Die Gemeinde sollte auf jeden Fall aktiv werden.

Der Bürgermeister sagt hierzu, dass das Thema nur gemeinsam mit der Pfarre gehen kann und ein Weg zu finden ist. Nach der Pfarrgemeinderatswahl sollte das Thema wieder neu in Angriff genommen werden.

Nachdem sonst keine Anfragen sind, dankt der Bürgermeister für das Kommen und die Mitarbeit und schließt die Sitzung um 22.00 Uhr.

Der Protokollführer:

Peter BAUER, AL

Der Bürgermeister:

Franz Doppler

1. GR und Vizebürgermeister:

DI Andreas Kaiser

2. Gemeinderat:

Hans-Peter Kosakiewic

3. Gemeinderat

Bernhard Daum

4. Gemeinderat

Eduard Mayer

5. Gemeinderat

Ing. Bernhard Miedl